

# Danziger



# Zeitung

Versprechungs-Anstalt Danzig:  
Für Redaction und Expedition Nr. 18.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Versprechungs-Anstalt für unser  
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22557.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Abonnementspreis für die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Beiblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreussischen Land- und Hausfreund“ vierteljährlich 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., bei einmaliger Zustellung 2,65 Mk., bei zweimaliger 2,75 Mk. — Inzerate kosten für die siebenzeilige gewöhnliche Schrift 10 oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1897.

## Der Orientkrieg und die Mächte.

Nachdem das griechische Heer abermals auf's Haupt geschlagen ist, rückt die Frage einer Vermittelung seitens der europäischen Großmächte mehr denn je in den Vordergrund.

Die Herbeiführung eines Friedensschlusses ist für Griechenland nicht anders zu erreichen, als durch die Vermittelung der Mächte, und für diese Vermittelung war als Grundbedingung die Abberufung des Obersten Bassos aus Areta aufgestellt worden. Diese Abberufung war freilich so verstanden worden, daß mit ihm die griechische Heerführungsarmee die Insel verläßt; und mit dem Erlass des Obersten Bassos durch den Obersten Stalos ist den Mächten nicht gedient. Aber diese erste Maßregel des neuen Cabinets war doch zweifellos als der erste Schritt zur Einlenkung der Mächte gegenüber aufzufassen. Die griechische Politik auf Areta trug tatsächlich nicht den Stempel Delphannis, sondern Bassos. Der allzu schneidige Oberst hätte unter Umständen einer griechischen Rückzugspolitik einen dicken Strich durch die Rechnung machen können; seine Abberufung darf somit als der Beginn einer friedlicheren Wendung der Dinge aufgefaßt werden.

Formliche Vermittelungsversuche der Mächte waren freilich vor der Schlacht von Pharsala noch nicht unternommen worden. Aber auch bis dahin fanden bereits zwischen den Mächten eifrige Verhandlungen über die türkisch-griechischen Angelegenheiten statt. Der Hauptgrund für diese Verhandlungen ist die Sorge um die Erhaltung der griechischen Dynastie, deren Lage noch immer als nicht ungefährdet erscheint. Der unter höchst sonderbaren Umständen erfolgte Ministerwechsel bietet wenig Aussicht für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in Griechenland, wenn nicht in Bälde eine Beendigung der kriegerischen Wirren herbeigeführt wird. Und was kann jetzt vollends nach der abermaligen Niederlage in Athen sich ereignen?

Von London aus wird die Vermuthung ausgesprochen, die griechische Regierung werde sich mit dem Ersuchen um Friedensvermittlung zuerst an die Garantiemächte von 1830, England, Rußland und Frankreich, wenden. Erst wenn dieser Schritt erfolglos bleiben sollte, werde Griechenland sein Gesuch an alle sechs Großmächte richten. Ein solches Vorgehen Frankreichs hat weniger Wahrscheinlichkeit, denn ganz unverkennbar stehen jetzt im Vordergrund bei den internationalen Verhandlungen nicht England, Rußland und Frankreich, sondern vielmehr Oesterreich-Ungarn und Italien, welche beide zweifellos den Hauptfactor bei den Friedensvermittlungen bilden werden. Die Anschauung, daß sich Griechenland in erster Reihe an England wenden werde, entspringt offenbar den Wünschen der englischen Regierung, ebenso wie die gleichfalls von London ausgehende Meldung, Lord Salisbury habe den Mächten vorgeschlagen, einen europäischen Congress zur Beratung über die orientalische Frage und zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Pforte abzuhalten.

Im letzten Stadium der Entwicklung der orientalischen Dinge hat sich das Schwerkgewicht

ganz unverkennbar von England, das ehemals die orientalische Frage entscheiden zu können glaubte, nach Rußland und Oesterreich hin verschoben, zwischen denen, für die nächste Zeit wenigstens, ein Einverständnis über die orientalischen Angelegenheiten erzielt worden ist. Diese Einigung, die im gewissen Sinne tatsächlich gegen England gerichtet ist, wird an der Thematik schmerzhaft empfunden, und es ist wohl verständlich, daß man dort einen europäischen Congress in's Werk zu setzen wünscht, um den Folgen der russisch-österreichischen Einigung und der eigenen Vereinsamung entgegenzuarbeiten. Es wird von den englischen Staatsmännern auch nicht verkannt, daß in den orientalischen Dingen zugleich auch ein Einverständnis zwischen Deutschland und Oesterreich besteht und zwischen Rußland und Frankreich erzielt worden ist, so daß unter diesen vier Mächten erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Dinge im Orient sich sobald nicht geltend machen dürften. Aber auch Italien verfolgt hierbei keinerlei Sonderwege, die es mit einem dieser Mächte in ernstlichen Conflict bringen könnten, so daß man wohl in gewissem Sinne von einem Einverständnis der continentalen Großmächte gegenüber den Verwickelungen im Orient sprechen darf.

Jedenfalls sind entscheidende Schritte in jedem Augenblick zu erwarten, wobei es sich freilich immer fragt, ob auch die Türken nach ihren respectablen Waffenerfolgen es sich ruhig gefallen lassen werden, wenn man etwa Griechenland gar zu glimpflich bei den Friedensbedingungen fortkommen lassen wollte.

## Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Die seit Wochen und Monaten in der agrarischen und — was dasselbe ist — antiklerikalen Presse breit getretene Behauptung, daß der Kaiser eigentlich mit ihnen ein Herz und eine Seele sei, und daß nur die Minister Sr. Majestät die öffentliche Bethätigung dieses Einverständnisses hinderten, hat eine gründliche Widerlegung erfahren. Es bleibt eben alles beim Alten und, fährt die „Deutsche Tagesztg.“ heute Abend fort, „es geht auch so.“ Der Artikel der die charakteristische Ueberschrift trägt, verrieth deutlich die tiefe Enttäuschung, welche die Vorgänge seit der Rückkehr des Kaisers, d. h. seit Sonntag, Herrn v. Plötz und seinen näheren und entfernteren Freunden bereitet haben, denn der Artikel ist im Grunde nichts als eine lange Anklageacte gegen das Ministerium Hohenlohe, welches weder Ideen noch Initiative habe, und auch das Wenige, das es im Sinne der Agrarier thue, nur widerwillig und gezwungen thue. Weder auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, noch auf dem des Kampfes gegen den Umsturz werde etwas geleistet. Und nun gar die Marinebauten! „Wir hören“, schreibt der Moniteur des Herrn v. Plötz, „wie vom Regierungstische her die unumgängliche Nothwendigkeit der vermehrten Marinebauten mit dem Brüllen der Ueberzeugung dargelegt wurde. Aber wenn die Bauten vom Reichstage abgelehnt werden, dann — geht es auch so.“ Das schreibt dieselbe

„Dtich. Tagesztg.“, der die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit auch der beiden Kreuze erst im allerletzten Augenblick gekommen ist, nämlich als sie sicher war, daß sie abgelehnt werden würden und als es ihr besser schien, im Falle eines Conflictes sich auf der Ja-Seite zu befinden, worauf sie bekanntlich in der vorigen Session, als noch das Motto „Ohne Ranz keine Ranz“ in Kraft stand, gar keinen Werth legte. Jetzt zählt sich dieses Organ plötzlich zu den „staatsverhaltenden“ Elementen des Volkes und — droht damit, daß die Einsichtigeren — das sind nämlich Herr v. Plötz u. Gen. — mit allen Mitteln der Agitation an das Volk appelliren ohne Rücksichtnahme auf die „Anschauungen der Regierung“. Als ob die Herren jemals anders gehandelt hätten! Nur will sich „das Volk“ noch immer nicht einstellen.

Der Kaiser wird am Sonntag, den 15. d. Mts., in Wiesbaden eintreffen und Abends der Generalprobe zu dem Schauspiel „Der Burggraf“ beiwohnen.

Zur Charakteristik des Fürsten Hohenlohe schreibt die „Bresl. Ztg.“, wie uns scheint, sehr zutreffend:

„Fürst Hohenlohe erfreut sich bei dem Kaiser einer Werthschätzung und, wenn man will, eines Respects, wie sie sich bisher noch kein Staatsmann seit 1890 außer ihm zu erringen vermocht hat. Immer wieder ist es ihm gelungen, den Kaiser bei schwebenden Differenzpunkten auf seine Seite hinüber zu ziehen, und zwar ist ihm das in den meisten Fällen überraschend schnell gelungen. In der äußerlich unscheinbaren Gestalt des Fürsten Hohenlohe ruht ein Etwas, eine Kraft der Persönlichkeit, die vielfach, und zwar besonders deshalb unterschätzt wird, weil es in der Art des Fürsten liegt, bei öffentlichem Auftreten eine gewisse Schüchternheit und Müdigkeit zur Schau zu tragen, die indeß in gerade umgekehrtem Verhältnisse zu der dem greisen Fürsten innewohnenden Energie steht. Die Unterschätzung seines Einflusses mag auch dadurch hervorgerufen sein, daß eine Gabe dem Fürsten ganz entschieden fehlt, die in unseren heutigen staatlichen Verhältnissen allerdings schwer entbehrt werden kann, nämlich die der öffentlichen Beredsamkeit. Des Reichshandlers Auftreten in den Parlamenten ist freilich schlecht geeignet, in irgend einer Weise zu imponiren, aber nichts wäre unrichtiger, als aus jenem Mangel ungünstige Schlüsse auf die Willenskraft und den Einfluß dieser eigenartigen Persönlichkeit zu ziehen. Thatsächlich besitzt Fürst Hohenlohe zum mindesten ein ungewöhnliches Geschick darin, das impulsive Temperament des Kaisers immer wieder zu besänftigen und trotz aller Bescheidenheit den Kaiser für seine Anschauungen zu gewinnen. Zu den Mitteln, die er dabei anwendet, gehört ohne Frage auch die große Gelassenheit und das ruhige Abwarten, mit dem Fürst Hohenlohe die Dinge sich ausreifen läßt.“

[Den deutschen Offizieren in Chile] sind, wie die „Südamerik. Rundschau“ berichtet, auf ihre Reclamation in Anbetracht ihrer erfolgreichen Arbeiten die Gehälter erhöht worden. Die Offiziere, mit Ausnahme des Grafen v. Königsmarch, wolle nach Einholung der Genehmigung des

Kriegsministers in Berlin ihre demnächst ablaufenden Contracte erneuern.

[Festellung eines Redacteurs.] Mit Recht wurde fast in der ganzen deutschen Presse verurtheilt, daß der wegen Gotteslästerung verurtheilte socialdemokratische Redacteur Steiger in Leipzig durch die Straßen der Stadt gefesselt zum Bahnhof geführt worden war. Nunmehr wird amtlich erklärt, daß die Fesselung des betreffenden Redacteurs auf ein ungeschicktes und instructionswidriges Verhalten des Gefangenführers zurückzuführen sei. Es ist selbstverständlich, daß der Gefangenführer nunmehr in entsprechender Weise zur Verantwortung gezogen wird.

L. [Die „Arenztg.“] erhebt gegen den Abg. Dr. Barth den Vorwurf, er habe in seiner Rede anlässlich der Interpellation Rantz behauptet, Deutschland „könne“ auf Grund des Meistbegünstigungsvertrages mit England denselben Zollabschlag verlangen, den Canada der englischen Einfuhr gewähre; er habe aber nicht behauptet, Deutschland sei verpflichtet, dies zu thun und aus dem ganzen Zusammenhang seiner Ausführungen gehe hervor, daß er es „auch gar nicht wünscht“. Die „Arenztg.“ spielt mit den Worten. Dr. Barth hat gesagt:

„Nach dem Vertrage, der zwischen England und dem Zollverein 1865 abgeschlossen ist, unterliegt es nicht dem allergeringsten Zweifel, daß bei der Einfuhr von deutschen Waaren in englische Colonien das Recht der Meistbegünstigung Deutschland auch in der Form gewährt werden muß, daß die deutschen Waaren nicht schlechter behandelt werden, als die englischen, die aus dem Mutterlande jener Colonien kommen.“

Wenn Dr. Barth weiterhin sagte: „Ich glaube, daß Deutschland auf Grund seines Vertrages mit England einen liquiden Rechtsanspruch darauf erheben kann, für alle seine Waaren diesen Zollabschlag zu genießen“, so sieht jeder, der deutsch versteht, daß das „Mißverständnis“ der „Arenztg.“ ein absichtliches ist und lediglich den Zweck hat, zwischen der Auffassung der Geschäftsstelle des „Centralvereins deutscher Industrieller“ und derjenigen des Herrn Dr. Barth einen Widerspruch zu construiren, der nur in der Einbildung der „Arenztg.“ besteht.

[Für die Straßstraße gegen den Criminal-Commissar v. Tausch] und Genossen wegen Meinungs u. i. w., deren Verhandlung am 24. Mai beginnt, ist die ganze durch den Himmelstags gekürzte Woche vom 24. bis 29. Mai in Aussicht genommen.

[Ein Flugblatt gegen die unüberlegten Streiks] wird in nächster Zeit von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegeben werden.

## England.

[England und Transvaal.] Unsere gestrige Meldung, daß eine Million Gewehrpatronen und eine große Menge Geschützmunition von England nach Südafrika gesandt sei, bestätigt, daß die Spannung zwischen der englischen Regierung und Großbritannien noch nicht im Abnehmen begriffen ist. Da die englische Presse und namentlich die „Daily Mail“ ganz außer sich sind über die Freisprechung und Be-

## Feuilleton.

### Um eine Fürstenkrone.

15) Roman von Reinhold Ortmann.

Graf Wenzel drehte an seinem langen blonden Schnurrbart. „Ich gäbe wer weiß was d'rum, wenn ich dir auf diese Frage mit „Nein“ antworten könnte. Aber du kennst ja den leidigen Eigensinn des Fürsten, und du weißt, daß es ganz unmöglich ist, mit ihm zu reden, wenn er einmal seinen Eisenkopf auf etwas gesetzt hat.“

„Hat er dir einen bestimmten Auftrag für mich erteilt, Wenzel?“

„Hm! Allerdings! Aber einen Auftrag, den ich mit deiner Einwilligung lieber für mich behalten möchte. Er ist jörnig und in der Erregung wagt man seine Worte nicht so genau. Warum auch müßtest du ohne vorherige Anmelbung hierherkommen? Es war — ehrlich gesprochen — nicht gerade ein meisterhafter diplomatischer Schachzug, mein lieber Adelhard.“

„Ich bitte dich, auf jede Artlich meiner Handlungsweise zu verzichten; denn es wäre jetzt nicht der rechte Augenblick, dir ihre Beweggründe auseinanderzusetzen. Aber ich wünsche zu erfahren, welcher Art die Weisung war, mit der Dunkel Rother dich hierher geschickt hat. Was soll es nützen, wenn wir Versteckens damit spielen!“

„Aber du mußt doch fühlen, eine wie fatale Aufgabe das für mich ist. Schon die Rücksicht auf deine verehrte Gemahlin gebietet mir —“

„D. ich bitte Sie dringend, Graf Wenzel, keinerlei Rücksicht auf mich zu nehmen“, unterbrach ihn Raffaella ironisch. „Ich bin von ihrer freundschaftlichen Theilnahme so fest überzeugt, daß ich gewiß nicht daran denken werde, Ihnen einen Antheil zuzuschreiben an der unerhörten Beleidigung, die uns hier widerfährt. Die Beweise, welche Sie uns bisher von Ihrer Uneigennützigkeit gegeben, waren ja bisher überzeugend genug.“

Mit bewundernswerther Unbefangenheit gab sich der Fürst den Anschein, als habe er den Carthagenus ihrer Worte gar nicht bemerkt.

„Ich hoffe es, meine gnädige Baise!“ sagte er, sich artig gegen sie neigend. „Und ich bitte Sie, mir diese wohlwollende Gesinnung auch in der überaus peinlichen Lage zu erhalten, in der ich mich momentan Ihnen gegenüber befinde. Wenn es möglich wäre, durch die Mittel der Ueberredung irgend welchen Einfluß auf den Fürsten zu gewinnen, hätte ich sicherlich nichts unversucht gelassen, ihn umzustimmen. Aber Ihr Gemahl wird mich befähigen können, daß man leichter einen gereizten Stier durch gütliches Zureden besänftigt, als ihn.“

„Es bedarf keiner Entschuldigung!“ sagte Adelhard unumwunden, „denn es fällt mir nicht ein, dich verantwortlich zu machen für deinen Auftrag. Aber unsere Lage ist eine zu unwürdige, als daß ich sie ohne Noth verlängern möchte. Kurz und gut also: was hast du mir im Namen des Fürsten zu sagen?“

„Daß er deine Ehe als ungültig und als gar nicht vorhanden ansieht, und daß er einer Dame, die —“

Er stockte; doch Raffaella blühte ihn mit ihren dunklen Augen herausfordernd an. „Nun — warum vollenden Sie nicht, Graf Wenzel? Sie hören ja, daß Sie nicht verantwortlich gemacht werden sollen für Ihre Boshaft.“

„Es ist absehbare, aber da Sie einmal darauf beharren: daß er einer Dame, die sich unter solchen Umständen keine Frau nennt, in seinem Hause nicht zu begegnen wünscht.“

Raffaella sprach kein Wort; aber sie war todten- bleich geworden, und ein leidenschaftlicher, haßsprühender Blick traf das Antlitz des Grafen. Adelhard athmete schwer. Auch er antwortete nicht; er schloß die Augen und schloß sie.

„Da die Beleidigung von einem Manne ausgeht, von dem ich ritterliche Satisfaction nicht zu fordern vermag, trifft sie meine Ehre oder die Ehre meiner Gemahlin nicht. Sage dem Fürsten, daß ich tief beklage, die Gastfreundschaft seines Hauses auch nur eine Viertelstunde lang in Anspruch genommen zu haben, und sage ihm weiter, daß ich die verwandtschaftlichen Bande, die mich mit ihm verknüpfen, als für immer zerrissen betrachte.“

Romm, Raffaella! Schon zu lange duldeten wir dieses Dach über unsern Häuptern.“

Diesmal legte sie die Hand in seinen dargebotenen Arm; aber mit dem weißesten Hohn, den sie ihr z'schönen, tiefgefärbten Stimme zu geben ver- o te, wandte sie sich gegen den Fürstenthumleutnant.

„Sie hatten recht, Graf Wenzel: einen meisterhaften diplomatischen Schachzug haben wir nicht gelhan. Wir hatten eine feindliche Figur übersehen, die gefährlicher ist, als wir es annehmen konnten. Aber noch ist die Königin nicht geschlagen, und der heimtückische Springer mag sich in Acht nehmen, daß er nicht unversehens selber aus dem Spiel verschwindet.“

„Raffaella!“ wollte Adelhard unwillig mahnen; aber er sprach das Wort nicht vollständig aus, verstummte unter dem Einbruch der Ueberdrehung, die ihm der Eintritt einer von heftigem Laufen fast athemlosen jungen Dame bereitete. Sie war schlank und geschmeidig, eine echt aristokratische Erscheinung, und ein liebreizendes, blondhaariges Köpfchen erhob sich auf dem weißen, feingebildeten Hals.

„D. Gott sei Dank, daß ich dich noch finde, Adelhard!“ rief sie mit überzeugender Herzlichkeit, ihm schon aus der Entfernung von einigen Schritten beide Hände entgegenstreckend. „Wie freue ich mich, dich wiederzusehen! Tausendmal wünsche ich dir Glück zu deiner Verheirathung. Willst du nicht die Freundlichkeit haben, mich deiner Frau vorzustellen?“

Graf Adelhard, der ihr in sichtlich Verwirrung die Hand geküßt hatte, sagte besangen, indem er sich gegen Raffaella wandte: „Meine Baise Comtesse Gertha Hohenstein — die Tochter des Fürsten Chlodwig —“

Man konnte sich keine auffälliger Veränderung vorstellen als die, welche sich plötzlich auf dem Antlitz der ehemaligen Gängerin vollzogen hatte. An die Stelle des jörnig düsteren Ausdrucks war ein wahrhaft bezauberndes Lächeln getreten, und sie umarmte die etwas zaghaft zu ihr aufblickende Gertha mit beinahe stürmischer Zärtlichkeit. „Ihre Güte macht mich namenlos glücklich, Comtesse“, sagte sie leich. „Ich werde stolz sein, wenn es mir gelingt, Ihre Freundschaft — nein, Ihre Liebe zu gewinnen.“

„D. ich zweifle nicht daran, daß wir Freundsinnen sein werden; denn meines anspruchsvollen Vaters Wahl kann nicht anders als trefflich gewesen sein. Welch' ein Unglück, daß wir nicht gleich jeht Gelegenheit haben sollen, einander näher kennen zu lernen.“

Raffaella suchte mit jenem raschen, lauernden Blick, der ihren dunklen Augen zuweilen eigen war, in den Zügen des jungen Mädchens zu lesen. „Sie wissen also bereits, Comtesse?“ fragte sie halblaut, da die beiden Herren jeht um einige Schritte zur Seite getreten waren. „Und Sie haben den Born Ihres Vaters gewagt, um mich lebenswürdig wie eine Schwester zu begrüßen?“

„Wie hätte ich anders gekonnt, da Ihnen doch meinem Gefühl nach so bitteres Unrecht geschah!“ gab Gertha mit reizender Offenheit zurück. „Sie dürfen nicht in Born und Groll aus diesem Hause scheiden, das Sie doch, wie ich zuversichtlich hoffe, binnen kurzem als eine zweite Heimath betrachten werden.“

Raffaella seufzte wehmüthig auf. „Wie gut und wie großmüthig Sie sind. Seien Sie versichert, daß ich Ihnen das niemals vergessen werde.“

„D. nicht doch!“ meinte Gertha beschämt. „Ich habe ganz gewiß keinen Dank verdient. Da wir jeht nahe Verwandte sind, und da mein Vetter Sie so lieb hat, ist es doch wohl ganz natürlich, daß wir zusammenhalten.“

„Und fürchten Sie nicht, daß Fürst Hohenstein erfahren könnte, was Sie jeht gethan? Besorgen Sie nicht, seinen Unwillen damit zu erregen?“

Ein bescheidend lebenswürdiges Lächeln erschien auf Gerthas feinem Gesichtchen.

„D. nein! Mein Vater ist nicht so schlimm, als Sie es jeht wohl leider annehmen müssen. Wohl kann er recht beharrlich sein in seinem Groll, wenn er eines seiner geheiligten Principien verletzt glaubt oder wenn er sich persönlich beleidigt fühlt; aber in Wahrheit ist ihm hier doch wohl weder das Eine noch das Andere geschehen, und ich bin sicher, daß er sich über kurz oder lang davon überzeugen lassen wird. Auch Sie werden ihn gewiß noch von einer lebenswürdigeren Seite kennen lernen, als es heute der Fall ist.“

(Fortf. 1.)



förderung des Kleinen Cioff, der bekanntlich eine beleidigende Aeußerung gegen die Königin Victoria gebraucht haben sollte, so ist die Vermuthung vielleicht nicht ganz abzuweisen, daß zwischen dem Aerger über diesen Vorgang und den neuen Kriegstreibern ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Gemäßigter als die Erklärungen der englischen Regierung im Unterhause klingt eine Rede, welche der Premierminister Lord Salisbury am Mittwoch in einer Versammlung der Primrose-League in Albert-Hall gehalten hat. Er sagte in derselben, wenn für England in Südafrika Schwierigkeiten bestehen, sei dies deshalb der Fall, weil es darauf bestehe, daß die vorhandenen Verträge beobachtet werden. Englands Absicht gehe dahin, die Verträge seinerseits zu beobachten, sowie daß andere dieselben nicht zum Nachtheile Englands brechen sollen.

Im „Volksstem“, dem amtlichen Organ der Regierung des Transvaals, fordert ein Einsender zur Gründung einer panafrikanischen Boeren-Liga auf, um die Engländer der Capcolonie in die See zu treiben. Nur auf diese Weise kann nach der Ansicht des Verfassers ein vereinigt Südafrika unter einer Flagge von Jambesi bis zur Simons-Bai erreicht werden. Und dafür sollte jedes treue Boerenherz Gott danken.

#### Afrika.

Pretoria, 7. Mai. Der Volksraad widerrief am Donnerstag das Einwanderungsgesetz; nicht, weil es eine Verletzung der Convention bedeute, sondern weil es den umgebenden Staaten und Colonien mißfällig sei. Der Beschluß entspricht einem Regierungsschreiben an den Volksraad.

### Reichstag.

216. Sitzung vom 6. Mai, 1. Uhr.

Die zweite Beratung des Auswanderungsgesetzes wird fortgesetzt. Es stehen die mit einander verbundenen §§ 3, 6 und 11 zur Discussion.

Nach § 3 soll die Erlaubnis in der Regel nur erteilt werden a) an Reichsangehörige, welche im Reichsgebiete ihre gewerbliche Niederlassung haben, b) an Handelsgesellschaften, eingetragene Genossenschaften und juristische Personen, welche im Reichsgebiete ihren Sitz haben; an offene Handelsgesellschaften, Commanditgesellschaften jedoch nur, wenn ihre persönlich haftenden Gesellschafter sämtlich Reichsangehörige sind.

Nach § 6 soll die Erlaubnis nur für bestimmte Länder, Theile von solchen oder bestimmte Orte und in Fällen überseerischer Beförderungen nur für bestimmte Einschiffungshäfen erteilt werden.

Nach § 11 kann die dem Unternehmer erteilte Erlaubnis jederzeit beschränkt oder widerrufen werden. Die Abgg. Frese und Barth (Freis. Vereinig.) beantragen, dem § 3 hinzuzufügen, daß die Verlegung der Erlaubnis nur erfolgen kann, wenn gegen den nachgehenden Thatsachen vorliegen, welche dessen Unzuverlässigkeit in Beziehung auf den Gewerbebetrieb eines Auswanderungs-Unternehmens darthun.

Abg. Frhr. v. Hohenberg (Welse) bekräftigt seine Anträge, betreffend die Streichung der Worte, nach welchen die Concession dem Unternehmer allgemein nur für bestimmte Länder zu erteilen sei, und betreffend die Zulassung des Widerrufs seitens des Reichskanzlers.

Abg. Bebel (Soc.) warnt davor, die Wirkungen der Vorlage zu überschätzen. Diese werde nur für großcapitalistische Gesellschaften eine Handhabe werden, um die Colonisationspolitik für ihre speculativen Zwecke zu benutzen. Die Agrarier übersehen, welche Concurrenz sie sich schufen, wenn etwa 100 000 deutsche Bauern nach einem bestimmten Gebiete gelenkt würden. Die Ausführung der Vorlage schwebt übrigens vollkommen in der Luft.

Director im Auswärtigen Amt Reichardt bestritt entschieden, daß die Vorlage den Zweck habe, speciell großcapitalistischen Interessen zu dienen. Gerade das Gegenteil sei der Fall. In England sei ja auch die Concessionierung dem freien richterlichen Ermeßen unterstellt. Von der Specialisirung der Länder, nach denen die Beförderung dem einzelnen Unternehmer gestattet würde, werde nur mit der größten Beschränkung Gebrauch gemacht werden. Durch eine solche Specialisirung werde das Schicksal unserer Dampfschiffslinien oder unseres Schiffbaues gewiß nicht gefährdet.

Abg. Barth (Freis. Vereinig.): Herr Bebel hat den Herrn Director Reichardt etwas mehr herausgelockt. Das Specialisirungsprincip bekommt doch ein ganz anderes Gesicht je nach dem, der es ausführt. (Sehr richtig!) Wie sehr kommt es da an auf die jeweilige maßgebende politische Anschauung. (Sehr richtig!) Man wird damit nur die Rhetorik in Abhängigkeit bringen von einem den Verhältnissen mehr oder weniger fern stehenden Manne. Wenn Sie Auswanderungen nach Argentinien nur in bestimmte Gegenden in bestimmter Zahl zulassen wollen, glauben Sie, Sie können damit etwa Ackerbauende hindern, zu gehen, wohin sie wollen? Sie werden sie nur auf fremde Schiffe treiben. Das Richtige und Einzigste, was Sie thun können, ist, daß Sie den Auswanderern nach Möglichkeit Auskunft über die dortigen Verhältnisse geben.

Abg. Pieber (Centr.) führt aus, ein Theil seiner Freunde sei der Ansicht, daß die Zustimmung des Bundesrathes eine genügende Gewähr biete. Er, Redner, sei der Ansicht nicht, er meine vielmehr, daß die Streichung der Worte über die Specialisirung der Länder, nach denen die Beförderung gestattet werden soll, alle Befürchtungen ausschleße.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) vertheidigt das Specialisirungsprincip, das bisher schon immer gegolten habe.

Abg. Spahn (Centr.) ist im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Pieber der Ansicht, es sei gar nicht zu befürchten, daß die Specialisirungsbefugnis zu Unzulänglichkeiten führen werde, nachdem die Anordnungen des Reichskanzlers der Zustimmung des Bundesrathes bedürften.

Geh. Regierungsrath Richter tritt für die Vorlage ein. Abg. Lenzmann (Freis. Volksp.) hält den Gesetzentwurf für unreif und meint, es sei das Beste, ihn an die Commission zurückzuverweisen. Solche Polizeigesetze seien das denkbar Schlimmste, denn es gelinge fast nie, sie wieder aufzuheben.

Abg. v. Cuny (nat.-lib.) ist für das Specialisirungsprincip.

Abg. Förster (Antif.) spricht sich ebenfalls für den Grundgedanken der Vorlage aus; ebenso der Abg. Sohn (h. k.).

Hierauf werden die §§ 3 und 6 unter Ablehnung der vorliegenden Abänderungsanträge unverändert angenommen.

Zu § 11, nach welchem die Erlaubnis für Auswanderungsunternehmen durch den Reichskanzler widerrufen werden kann, wird der von dem Abg. Bachem (Centr.) beantragte Zusatz angenommen: „unter Zustimmung des Bundesrathes“. § 4 wird ohne Debatte angenommen.

§ 5 schreibt eine Sicherheitsleistung des Unternehmens im Mindestbetrage von 50 000 Mk. vor und bei überseerischer Beförderung den Nachweis des Bestehens geeigneter Schiffe. Ein Antrag Bachem will 50 000 Mk. als Cautionsmagazin festsetzen und den Nachweis, daß ein Unternehmer Rheder sei, als ausreichend ansehen. Der Antrag wird in seinem zweiten Theile angenommen.

§ 7 wird in Consequenz der Beschlüsse zu § 2 gestrichen. § 13 erhält aus demselben Grunde eine etwas veränderte Fassung. Die §§ 8—38 werden unverändert angenommen.

Bei § 37 wird auf Antrag des Abg. Gerisch (Soc.) ein Zusatz dahin beschloffen: „Die vom Bundesrath erlassenen Vorschriften sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntniznahme vorzulegen.“

Die §§ 38—41 werden unverändert angenommen. Bei § 42 wird auf Antrag des Grafen Arnim (Reichsp.) beschloffen, daß im Auslande besondere Commissare nicht selbständig, sondern nur als Hilfsbeamte der Consuln mit der Wahrnehmung der Auswandererinteressen zu betrauen sind.

Bei den Strafbestimmungen beantragt der Abg. Graf Arnim (conf.) einen neuen Paragraphen, wonach mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden soll, wer weibliche Personen zum Zwecke der Prostitution unter Verbergung dieses Zweckes zur Auswanderung verleitet.

Abg. Bebel (Soc.) beantragt die Ausdehnung dieser Strafschrift auch auf die hilffleistenden Agenten und Agentinnen.

Die Anträge werden angenommen; ebenso der Rest der Vorlage.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Antrag betreffend die Wahlen zum elsfäßischen Landesausschuß; Margarinegesetz; socialdemokratischer Antrag betreffend Majestätsbeleidigungen.

### Abgeordnetenhaus.

Abenditzung vom 6. Mai.

Die zweite Beratung des Cultusgesetzes wird beim Kapitel „Elementarschulwesen“ fortgesetzt. Abg. Dastbach (Centr.) bekräftigt sich über impartitische Behandlung der Katholiken in verschiedenen Gemeinden der Provinz Posen.

Geheimrath v. Bremen bestritt, daß eine impartitische Behandlung vorliege.

Auf eine Anfrage des Abg. Brandenburg (Centr.) erklärt

Cultusminister Dr. Boffe, die Regierung sei bemüht, die Mißstände, die sich in Wilhelmshaven gezeigt, durch Errichtung einer katholischen Schule zu beseitigen.

Abg. Frhr. v. Sedlitz (Freis.) hält es nach den vom Regierungssitz gehörten Ausführungen für festgestellt, daß eine impartitische Behandlung nicht vorliege. Wo Mißstände hervortraten, hätten die Katholiken besser, das Joch zur Abstellung derselben beizubringen, als hier immerfort Beschwerden vorzubringen. Redner empfiehlt sodann mögliche Decentralisation im Schulwesen.

Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) bekräftigt die Errichtung weiterer katholischer Volksschulklassen in Schöneberg bei Berlin.

Geheimrath v. Bremen theilt auf eine Anfrage des Abg. v. Pappenheim (conf.) mit, daß die Erhebungen über die Ertheilung von Unterricht an taubstumme Kinder noch nicht abgeschlossen sei.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. — Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ fragt

Abg. v. Woyzna (Freis.) an, ob bei der Umordnung der Berliner Nationalgalerie die Landeshunftscommission gehört worden sei, und regt eine Verringerung der internationalen Ausstellungen an.

Minister Dr. Boffe erwidert, die Umhängung der Kunstwerke in der Nationalgalerie gehöre nicht zu den Aufgaben der Landeshunftscommission. Die Begünstigung der deutschen Kunst auf den Ausstellungen werde sich die Regierung immer aneignen lassen.

Abg. Seidel (Freis.) bekräftigt einen von ihm in Gemeinschaft mit dem Abg. Bänisch-Schmidtlin gestellten Antrag auf Errichtung einer meteorologischen Station erster Ordnung auf der Schneehöhe im Riesengebirge.

Minister Dr. Boffe erkennt die Berechtigung dieser Forderung an und verspricht, die Sache in ernstlichste Erwägung zu nehmen.

Der Antrag Seidel-Bänisch-Schmidtlin wird der Budgetcommission überwiesen.

Abg. Rirsch (Centr.) fragt an, ob für die Feuerficherheit des Landesaustellungsgebäudes in Berlin genügende Fürsorge getroffen und die erforderliche Anzahl von Ausgängen vorhanden sei.

Minister Dr. Boffe erwidert, die Sicherheit sei wohl eine genügende, daß man Befürchtungen wegen einer Katastrophe ähnlich der Pariser nicht zu hegen brauche. Es seien auch genug Ausgänge vorhanden. Gleichwohl habe er eine sofortige Untersuchung des Gebäudes angeordnet, und es werde alles geschehen, um eine so furchtbare Katastrophe zu verhüten.

Abg. Ralsch (conf.) und v. Riepenhausen (conf.) bekräftigten eine Unterstüßung der biologischen Station in Pilsen.

Geheimrath Althoff erwidert, das Landwirtschaftsministerium habe erklärt, daß es besonderen Werth auf die Erhaltung der Station nicht mehr lege. Es werde aber erwogen, inwiefern sich eine Unterhaltung im rein wissenschaftlichen Interesse empfehle.

Abg. Dr. Birchow (Freis. Volksp.) tritt gerade mit Rücksicht auf die wissenschaftlichen Resultate, welche die Anstalt erzielt habe, für deren Erhaltung mit Staatsmitteln ein.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. — Beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“ bekräftigt

Abg. v. Schenckendorff (nat.-lib.) die Erhöhung der Assistenten an den Versuchsanstalten der technischen Hochschulen.

Geheimrath Wehrenpennig erkennt die Berechtigung dieser Forderung an, da die Thätigkeit der Assistenten eine recht bedeutungsvolle sei.

Abg. Dr. Pasche (nat.-lib.) wünscht eine bessere Bezahlung der Professoren und technischen Assistenten, sowie eine reichlichere Ausgestaltung der Bibliotheksfonds der technischen Hochschulen. Andererseits empfiehlt er eine Erhöhung der Collegien- und Prüfungsgelder für Ausländer.

Das Kapitel wird darauf bewilligt und sodann die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß 10¼ Uhr.

### Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

#### Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 7. Mai.

Das Abgeordnetenhaus blieb heute von einer Abenditzung verschont, da rascher gearbeitet wurde, so daß die zweite Etatsberatung voraussichtlich morgen zu Ende geht. Der Antrag des Abg. v. Hedenbrand (conf.), welcher eine wesentliche Erhöhung der Staatsbeihilfen für Geistliche und ihre Vertheilung in Form einer bestimmten Dotation zur geeigneten Verwendung an die Organe der evangelischen und katholischen Kirche verlangt, wurde angenommen.

Beim Kapitel Medizinisches forderte Abg. v. Werbeck (conf.) die Errichtung homöopathischer Lehrstühle und Krankenhäuser und die Bestellung eines homöopathischen Beraters für den Minister.

Ministerialdirector Barisch lehnt diese Forderungen ab mit Ausnahme des Selbstdispensirens, das auf Ansuchen gestattet werde, und betont zugleich die Nothwendigkeit einer scharfen staatlichen Aufsicht, die auch durch eine Rundprüfung vom Januar nochmals den Behörden eingeschärft worden sei.

Abg. Schels (nat.-lib.) fordert ein schärferes Einschreiten gegen die Ausrufschuler und erklärt sich gegen die ärztliche Gewerbefreiheit.

Abg. Birdow (Freis. Volksp.) vertheidigt dieselbe. Ministerialdirector Barisch theilt mit, daß Ver-

handlungen mit den Reichsbehörden (schweben über die Frage, ob die Stellung der Aerzte innerhalb der Gewerbeordnung heute noch haltbar sei.

Auf eine Anfrage des Abg. Arnke (nat.-lib.) erklärt der Cultusminister Dr. Boffe, er persönlich habe gegen eine Uebertragung des Medizinischen auf das Ministerium des Innern nichts einzuwenden. Abg. Richter spricht sich im wissenschaftlichen Interesse gegen eine Abweisung des Medizinischen vom Unterrichtsministerium aus.

#### Reichstag.

□ Berlin, 7. Mai.

Der Reichstag nahm heute in dritter Lesung den Antrag auf Einführung des allgemeinen, directen und geheimen Wahlrechtes für die Wahlen des elsfäßischen Landesausschusses an, nachdem die elsfäßischen Abgg. Colbus, Preiß und Winterer und der in den Reichslanden gewählte socialdemokratische Abg. Bebel von den dortigen politischen Zuständen eine trübe Schilderung entworfen hatten, welche Geheimrath Hallen als übertrieben hinzustellen versuchte.

Als dann wurde die wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses bekanntlich zweimal ergebnislos verlaufene namentliche Abstimmung vorgenommen über den Antrag Plösch zum Margarinegesetzentwurf, die von der Commission gestrichene Bestimmung wiederherzustellen, wonach in Orten von 5000 oder mehr Einwohnern die Verkaufsräume für Butter und Margarine getrennt sein müßten. Der Antrag wurde mit 142 gegen 100 Stimmen angenommen. 6 Abgeordnete, darunter Frhr. v. Stumm (Reichsp.), Schulz-Lupitz (Reichsp.) und Graf Bernstorff-Uelzen (b. k. F.) enthielten sich der Abstimmung. Dafür stimmten die Conservativen mit Ausnahme des Abg. v. Buchka, die Reichspartei mit Ausnahme der Abgg. Werbach und Müller-Harburg, die Antisemiten, ausgenommen Abg. Klemm-Dresden, das Centrum, ausgenommen die Abgg. Trimborn, Wenders, Frihen-Rees, Fusangel und Humann, ferner die beiden anwesenden Polen Jazdzewski und v. Janta-Polczynski und die national-liberalen Abgg. Graf Oriola, Blankenhorn und Hilsche. Mit der Minorität stimmten die Welsen Göh v. Olenhufen und Frhr. v. Hohenberg, für den Antrag votirte Meyer-Danzig-Land (Reichsp.).

Morgen stehen die dritten Lesungen des Auswanderungsgesetzes und des Margarinegesetzes auf der Tagesordnung.

— Die Reichstagscommission für die Handwerksorganisationsvorlage beendete heute die erste Lesung ohne wesentliche Abänderungen und nahm den Antrag Camp (Reichsp.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend die Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe und anderen gefährlichen Gewerben an, ferner einen Antrag Jorns (nat.-lib.) auf staatliche fortdauernde Geldunterstützungen bedürftiger Innungen zur Ausführung der ihnen obliegenden Aufgaben.

#### Vom Kriegsschauplatz.

Athen, 7. Mai, 3 Uhr Nachm. Eine Depesche aus Almyra meldet, daß die Brigade Smolenski dort eingetroffen ist. Der Rückzug hat sich in guter Ordnung vollzogen.

Berlin, 7. Mai. Präsident v. Buol hat die von dem Kaiser der Bibliothek des Reichstages geschenkten neuerlichen Marinetabellen in der Wandelhalle aufstellen lassen.

Berlin, 7. Mai. Beim Reichskanzler Fürsten Sotenslohe wird am 12. Mai ein großes diplomatisches Diner stattfinden, wozu außer den Botschaftern und Gesandten zahlreiche Mitglieder der Hofgesellschaft geladen sind.

— Gegenüber der Nachricht, daß die im Reichstage abgebrochenen Verhandlungen über die Justisnovelle wieder aufgenommen werden sollten, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, nach ihrer Kenntniz der Sachlage soll zwar innerhalb der Parteien die Frage der Wiederaufnahme ventilirt werden, bei der Regierung sei man jedoch noch nicht damit beschäftigt.

Berlin, 7. Mai. Bei der heute Nachmittags fortgesetzten Ziehung der 196. preußischen Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 206 781.  
4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 43 224 68 347 125 716 131 132.  
37 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 7545 10 401 13 396 17 697 24 153 28 617 43 181 54 709 56 490 60 330 67 371 67 722 76 481 77 247 79 739 102 568 103 484 114 875 115 581 117 157 120 376 135 596 139 872 146 232 148 199 148 571 151 502 152 011 156 161 166 135 167 120 173 396 173 530 190 761 196 292 199 435 225 148.  
38 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 1321 3599 8628 14 601 15 053 33 451 37 878 39 641 52 729 62 772 75 100 80 072 83 322 85 486 89 322 93 041 102 460 106 289 109 373 122 087 122 185 128 639 130 282 130 804 144 098 157 806 162 773 166 500 171 765 174 241 174 787 174 806 178 847 180 867 205 448 211 575 211 882 219 158.

□ Oppeln, 7. Mai. Der Centrumsabgeordnete für Pleß, Rechtsanwalt Radwanski, hat sein Mandat niedergelegt.

Radwanski war bekanntlich am 26. April in einer ehrenrührigen Verhandlung zu 3000 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden; es handelte sich dabei um eine Affaire, in welcher Radwanski mit einem anderen handgemein geworden war.

Wien, 7. Mai. Das Abgeordnetenhaus berieth heute weiter die Anträge auf Verlesung der Minister in den Anklagezustand. Der Justizminister Graf Gleispach constatirte, derjenigen Regierung, welche denselben Weg der vorangegangenen Regierungen forsetzt, sei weder eine culpa noch ein dolus zu imputiren möglich. Daraus folge, daß die Antragsteller die Anklage

nicht ernstlich gewollt haben. (Beifall rechts, ungeheurer Lärm links, Rufe: „zurücknehmen.“) Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung.

#### Herzog von Aumale †.

Rom, 7. Mai. Nach der „Agenzia Stefani“ ist der Herzog von Aumale in der Nacht in seiner Villa in Succo in Sicilien am Herzschlage gestorben, kurz nachdem er die Nachricht von dem Tode der Herzogin von Alençon, der Gemahlin seines Neffen, erhalten hatte. Seine bei ihm weilende Schwester Prinzessin Clementine von Coburg und Gotha ist schwer erkrankt.

Henri Eugene Philipp d'Orleans, Herzog von Aumale, ist als vierter Sohn des Königs Ludwig Philipp zu Paris am 16. Januar 1822 geboren. Er kämpfte 1840 in Algerien, wurde daselbst ein Jahr später Generalgouverneur und ging, nachdem sein Vater vom Thron gestürzt war, 1848 nach England. Er griff 1861 in einer Flugschrift die Napoleonschönung an. Im Jahre 1871 wurde er in die Nationalversammlung gewählt, präsidirte 1873 dem Kriegsgericht über Bazaine und war bis 1879 Commandeur des 7. Corps in Besançon. Von 1886—1889 war er aus Frankreich ausgewiesen. Er schenkte sein prachtvolles Schloß Chantilly und seine überaus werthvollen Sammlungen der französischen Akademie. Seine Gemahlin Marie Caroline Auguste v. Bourbon, Tochter des Prinzen Leopold von Salerno, ist bereits im Jahre 1867 gestorben.

### Danzig, 8. Mai.

\* [Ueber die Taufe der „Ersch Fregat“] ist gestern Nachmittag definitiv Folgendes bestimmt worden: Die Taufe des neuen Schiffes findet am 11. Mai, Vormittags 11 Uhr, durch J. M. die Königin von Württemberg statt. Die zu der ursprünglich auf den 30. April angelegte Taufe des Schiffes ausgegebenen Eintrittskarten zu den Tribünen behalten ihre Gültigkeit. Weitere Zuschauer erhalten Einlaß, haben sich jedoch auf den Platz zu beschränken, der ihnen durch die Vertheilung angewiesen wird. Der Zutritt zu den Tribünen ohne Karte wird nicht gestattet.

\* [Flottdampfer „Bremen“.] Die Ausreise des neuen Flottdampfers „Bremen“ von hier ist jetzt auf den 26. Mai festgesetzt worden. In vorhergehender Woche sollen nur Probefahrten stattfinden.

\* [Compagnie-Bestimmung.] Die Herren Generalmajor Behm, Commandeur der 87. Inf.-Brigade, Oberst v. Holleben, Major Frhr. v. Schimmelmann und Hauptmann v. Hennig aus Thorn trafen gestern Nachmittag hier ein, um die Bestimmung der Compagnien des neugebildeten Infanterie-Regiments Nr. 176 heute vorzunehmen. Zu dem gleichen Zweck traf auch, wie schon gemeldet, Herr Generalleutnant v. Amann, der Commandeur der 35. Infanterie-Division, hier ein.

\* [Der Provinzial-Verein für innere Mission] hat von der im vorigen Jahre eingekommenen Hauscollekte über 3000 Mk. Das ist ein Drittel des Reinertrages, den einzelnen Synoden zugewiesen. Die Kreis-Synoden haben darüber zu bestimmen, welchen Arbeiten der christlichen Liebeshätigkeit innerhalb ihres Bezirkes diese Unterstützung zuzuführen soll. Aus den übrigen Mitteln sind außerdem vielen Gemeinden unserer Provinz Beihilfen bewilligt worden. Für die Unterhaltung von Gemeindefestern erhielt Carnsee 100 Mark, Bandsburg 100 Mark, Zempelburg 70 Mark und Gr. Sander 100 Mark. Für Schöneck wurden zur Erwerbung eines eigenen Heims für die Diakonissen-Station 200 Mk. bewilligt. Das Krankenhaus und Siedehaus in Bischofswerder erhielt 500 Mk., die Herberge zur Heimath in Graudenz 200 Mark, das Mädchen-Waisenhaus in Culm 200 Mark, das Magdalenen-Asyl in Ohra 150 Mark, das Krankenhaus und Waisenhaus in Puck 500 Mark, das Confirmanden- und Waisenhaus in Sempohl 150 Mark. Das Krankenhaus und Siedehaus in Bischofswerder sowie das Anaben-Waisenhaus in Kobissa wurden insbesondere durch den Verein gefördert. Es gelang auch, die westlichen Provinzen dafür zu gewinnen. — Eine neue Arbeit in unserer Provinz wurde auch darin aufgenommen, daß ein Seemannsdiakon die Seeleute und Schiffer im Hafen von Danzig und Neufahrwasser aufsucht und dieselben mit gutem Cesselloch versorgt; für dieselben ist weiter ein Cesselloch in Neufahrwasser (Schleusenstraße 13) eingerichtet. Um seine begonnenen Arbeiten weiterführen zu können, ist der Verein wiederum auf eine Hauscollekte angewiesen. Dieselbe ist dem Verein von dem Herrn Oberpräsidenten für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober d. J. bewilligt und wird gegenwärtig abgehalten. Auch von dieser Collete wird wieder ein Drittel den einzelnen Kreisen zur eigenen Verfügung überlassen.

\* [Kreis-Bauinspektion.] In die durch Verlegung des Kreis-Bauinspectors Reichbrodt frei gebliebene Kreis-Bauinspectorstelle zu Pr. Stargard ist der hgl. Kreisbauinspector Nolte eingetreten.

\* [Schmergericht.] Die Beweisaufnahme in der Brandstiftungsverhandlung gegen die Frau Anna Müller, geb. Grosse, erwiderte sich gestern Nachmittag, nachdem von den Sachverständigen der Werth des Grundstückes begutachtet worden war, auf die Vorgänge beim Brande selbst, die ja von einer großen Zahl von Augenzeugen beobachtet worden sind. Das Haus Nr. 57 ist eines der ältesten in der Eichlergasse, es hat nur zwei Fenster Front nach der Straße, von der eine schmale, kaum einen Meter breite Treppe in die oberen Räumlichkeiten führt. Das Haus hatte zwei Stochwerke und Bodenräume und war vollständig befüllt. Es hatten eine Anzahl von Familien mit Schlafstelleninhabern und vielen Kindern in dem Hause Wohnung genommen und diese wurden Morgens gegen 9 Uhr, als die meisten Frauen gerade dabei beschäftigt waren, Kaffee zu kochen, durch Feuer erwidert, das im zweiten Stock auskam und blitzgleich nach dem ersten Stock hinunter griff und dort weiter fraß. Alle Räume waren sofort mit Rauch gefüllt. Die Feuerwehr, die sehr schnell an der Brandstelle erschien, schlug das Dach ein und konnte die Flammen so weit löschen, daß das Parterreflüß des Hauses, in dem sich eine kleine Handlung befand, stehen geblieben ist. Den brannnte dagegen alles aus; die armen Leute haben fast alle ihre Sachen verloren und auch keinen Ersatz erhalten, da wohl niemand versichert gewesen ist. Es wurde zunächst der Töpfer Carnuth vernommen, der auch die schnelle Entzündungsart des Feuers schilderte und bestimmt versicherte, daß er kurz vor dem Ausbruch des Feuers die Angeklagte habe die Treppe hinab gehen sehen. Carnuth hat auch sofort ausgesagt, daß die Wirthin das Haus angezündet habe. Die Angeklagte blieb bei ihren Angaben und meint, daß Carnuth, der ein alter, etwas schwermüthiger Mann ist, sich irren müsse. Die Frau Barbara Gagnowski holte gegen 9 Uhr Morgens aus der Küche im zweiten Stock Wasser und es fiel ihr nichts Besondere auf, weder ein Geruch von Petroleum noch von sonstigen brennbaren Sachen. Raum war die Frau wieder in ihre Stube gegangen und hatte Wasser zum Kaffee auf's Feuer gesetzt, als der Feuerfackel erlöte und alles voll Rauch war, worauf die Frau sich rettete. Die Mauerfrau Byszowski hörte in ihrer Wohnung im zweiten Stock den Feuerlärm







